

»Wir haben noch Pfeile im Köcher«

Saarbrücker Klinik unterläuft Streiktaktik. Doch ver.di gibt Kampf für Entlastung nicht auf.
Ein Gespräch mit Michael Quetting

An der Berliner Charité gibt es nun erstmals in einem Krankenhaus einen Tarifvertrag für die Einstellung von mehr Personal. Auf einer kleinen Feier haben Gewerkschafter des Uniklinikums kürzlich einer Delegation von der Saar den »Staffelstab« überreicht. Was bedeutet das?

Die Kolleginnen und Kollegen in den saarländischen Krankenhäusern sind entschlossen, es den Berlinern nachzumachen. Was an der Charité die Norm ist, muss auch im Saarland gelten. Schließlich ist die Überlastung hier ebensogroß – wie auch in allen anderen Krankenhäusern der Republik. Um Beschäftigte zu aktivieren und einzubeziehen, haben wir wie an der Charité begonnen, sogenannte Tarifberater zu gewinnen. In sieben Krankenhäusern wurden in mehr als der Hälfte der Pflegebereiche bereits Tarifberater gewählt, in drei sind es schon über 75 Prozent. Insgesamt haben wir mittlerweile 646 Kolleginnen und Kollegen in unserer Aktivendatei.

Die Warnstreiks in der Tarifrunde bei Bund und Kommunen sollten ein erster Test der Mobilisierungsfähigkeit sein. Hat das im Saarland funktioniert?

Am 21. April beteiligten sich 3.000 Beschäftigte aus acht Krankenhäusern. Das war ein großer Erfolg. Allerdings gab es auch einen Rückschlag: Wie an der Charité wollten wir nur Notdienstvereinbarungen abschließen, die die Schließung von Betten und ganzer Stationen erlauben. Doch das Klinikum Saarbrücken verweigerte sich dieser Vereinbarung, die sowohl das Streikrecht garantiert als auch eine Patientengefährdung ausgeschlossen hätte. Statt dessen setzte die Klinikleitung auf Einschüchterung. Sie behauptete, sie habe die »Notkompetenz« und verpflichtete Beschäftigte zur Arbeit, und zwar im Umfang einer Feiertagsbesetzung. Wir stellten einen Antrag auf einstweilige Verfügung, scheiterten damit aber vor Gericht.

Welche Folgen hat das?
Wenn sich der Arbeitgeber weigert, die Betten zu räumen, dann sind die Patienten da und müssen versorgt werden. Das heißt: Die Pflegekräfte werden in Geiselhaft genommen, ihr Streikrecht wird de facto in Frage gestellt. Das werden wir allerdings nicht mit juristischen Mitteln ändern, sondern nur in der konkreten Auseinandersetzung und mit Unter-

stützung und Solidarität der Gesellschaft.

Was bedeutet das für die Mobilisierung für einen Tarifvertrag?

Unsere Taktik ist nicht aufgegangen. An unserer Strategie ändert sich aber nichts. Nicht die Stationsschließung an sich ist die Strategie. Sie ist nur ein an der Charité angewandtes Mittel, das es den Pflegekräften leichter macht zu streiken, und mit dem die Klinikleitungen effektiv unter Druck gesetzt werden können. Das haben die Arbeitgeber erkannt, deshalb bekämpfen sie diese Taktik mit allen Mitteln. Aber wir haben durchaus noch andere Pfeile im Köcher.

Und die wären – oder ist das geheim?

Wir machen aus nichts ein Geheimnis. Auch das ist das Besondere an dieser Auseinandersetzung. Wir setzen voll auf Transparenz. Nur so ist Beteiligung möglich. Es gibt auch andere Formen des Arbeitskampfes.

So hat die Belegschaft der Homburger Uniklinik 2006 mit einem 111-tägigen Streik die Rückkehr in die Tarifbindung erzwungen. Damals beteiligten sich bis zu 1.200 Beschäftigte, den Kern bildeten allerdings die Beschäftigten der Anästhesie und der Operationssäle. Wir können uns aber auch etwas vollkommen Neues vorstellen. In Finnland haben Beschäftigte durch die Androhung einer Massenkündigung Verbesserungen durchgesetzt. Wenn hier im Saarland beispielsweise 3.000 Pflegekräfte zeitgleich ihre Kündigung einreichen, dann wäre das der Notstand und vermutlich müssten sie die Bundeswehr einmarschieren lassen. Wir lassen ein solches Vorgehen aktuell von Rechtsexperten prüfen. Die Ideenliste ist also noch lange nicht leer. Eine solche Kampfform würde es womöglich auch Beschäftigten in kirchlichen Häusern einfacher machen, sich an der Bewegung zu beteiligen. Denn hier behaupten die Arbeitgeber nach wie vor, es dürfe nicht gestreikt werden.

Ver.di bestreitet das aber.

Richtig. Dennoch schaffen wir es bislang nur in Ausnahmefällen, die Beschäftigten zu mobilisieren. Da elf der 21 saarländischen Krankenhäuser in kirchlicher Trägerschaft sind, ist das ein Riesenproblem. Deshalb wollen wir als nächstes hier in die Offensive gehen. Wir brauchen auch in Diakonie und Caritas Tarifberater.

Interview: Daniel Behruzi



Michael Quetting ist ver.di-Sekretär im Fachbereich Gesundheit im Saarland



Kämpferisch. Zehntausende Menschen sind am Sonntag im Rahmen eines weltweiten Aktionstags der französischen Protestbewegung »Nuit debout« (Aufrecht durch die Nacht) auf die Straße gegangen. In Spanien fiel dies mit dem fünften Jahrestag der Platzbesetzung der Puerta del Sol in Madrid zusammen, die den Beginn der »Bewegung der Empörten« bzw. des »15. Mai« markiert. Tausende versammelten sich erneut auf dem zentralen Platz in der spanischen Hauptstadt. Damals wie heute, in Frankreich wie andernorts, richten sich die Proteste gegen die Kürzungspolitik der herrschenden Eliten. (AFP/iW)

Sparen, bis es quietscht

In Griechenland wird die Mehrwertsteuer erhöht. Benzin wird auch teurer

Im Kampf gegen die riesigen Auslandsschulden setzt die griechische Regierung erneut auf Steuererhöhungen. Wie griechische Medien am Montag berichteten, soll die Mehrwertsteuer auf die meisten Lebensmittel sowie Erfrischungsgetränke, aber auch in Restaurants und Gaststätten sowie auf Tickets im Nahverkehr von 23 Prozent auf 24 Prozent steigen. Der Benzinpreis soll um fünf Cent pro Liter erhöht werden, Heizöl um acht Cent teurer werden. Eine Packung Zigaretten kostet künftig bis zu einem Euro mehr.

Die Regierung von Alexis Tsipras (Syriza) hofft auf eine baldige Einigung mit den Geldgebern und will sich danach rasch »frisches Geld« auf den Kapitalmärkten beschaffen. »Wir kehren 2017 an die Märkte zurück«, sagte Tsipras der Athener Sonntagszeitung *RealNews*.

Wie die *dpa* aus Regierungskreisen in Athen erfuhr, soll bereits in wenigen Tagen der dritte Teil eines Pakets harter Sparmaßnahmen dem Parlament zur Billigung vorgelegt werden. Es geht um indirekte Steuern in Höhe von 1,8 Milliarden Euro. So soll ab 2017 jeder Telefon-Festnetzanschluss mit einer Sondersteuer in Höhe von fünf Prozent belastet werden. Auch Pay-TV soll um zehn Prozent teurer werden.

Zudem soll es von 2018 an eine Sondersteuer zwischen zwei Euro und vier Euro auf jede Hotelübernachtung geben. Kommende Woche soll auch eine »automatische Schuldenbremse« gebilligt werden. Falls der Haushalt von den gesetzten Zielen abweicht, würden automatisch Kürzungen von Renten und Löhnen sowie Einsparungen im staatlichen Bereich in Kraft treten.

Bereits vor einer Woche hatte das Parlament in Athen Rentenkürzungen und Einkommenssteuererhöhungen im Gesamtfumfang von 3,6 Milliarden Euro gebilligt. Die Absegnung all dieser Gesetze durch das Parlament sind Voraussetzung für weitere »Hilfen« für Griechenland. In Brüssel wird von einer neuen Auszahlung in der Größenordnung von neun bis zwölf Milliarden Euro gesprochen.

Griechenland steht bereits seit 2010 unter dem Diktat von EU-Kommission, Europäischer Zentralbank und Internationalem Währungsfonds. Die von diesen bewilligten Kredite zur Bezahlung von Griechenlands Auslandsschulden haben bislang jedoch vor allem den Großbanken genutzt – in der Wirtschaft ist nur ein Bruchteil angekommen.

(dpa/iW)

NACHRICHTEN

Proteste in Flüchtlingslager auf Lesbos

Lesbos. Auf der griechischen Ägäisinsel Lesbos ist es zu Zusammenstößen zwischen Flüchtlingen und Polizisten gekommen. Asylsuchende hatten für das Recht auf Weiterreise zum griechischen Festland demonstriert. Einige von ihnen bewarfen die Einsatzkräfte mit Steinen, diese setzten Blendgranaten ein. Die Lage beruhigte sich anschließend, berichtete das griechische Staatsradio am Montag. (dpa/iW)

jW-Autorin auf schwarzer Liste

Berlin. Daten der Journalistin Susann Witt-Stahl, die u. a. für *junge Welt* aus der Ostukraine berichtete, stehen auf einer Liste, die am 7. Mai auf der Internetseite »Mirotworz« auftauchte (siehe *jW*-Ausgabe vom 14.–16. Mai). Die Aufstellung enthält Angaben zu 4.507 Journalisten, die sich 2014 und 2015 in Donezk und Lugansk akkreditieren ließen. Sie werden als »Handlanger der

Separatisten« bezeichnet. Der Kiewer Parlamentarier Anton Geraschtschenko, der »Mirotworz« betreibt, erklärte am Donnerstag, nach einer »Intervention von EU-Vertretern« werde die Seite geschlossen, die Daten könnten aber bald heruntergeladen werden. Im April 2015 wurden mehrere »prussische« Aktivisten, deren Adressen »Mirotworz« veröffentlicht hatte, ermordet. (jW)

Knapp 94 Milliarden Euro für Flüchtlingsversorgung

Berlin. Die Bundesregierung kalkuliert einem Magazinbericht zufolge für die Versorgung von Flüchtlingen bis 2020 mit Kosten von rund 93,6 Milliarden Euro. Der *Spiegel* zitierte am Montag aus einer Aufstellung des Bundesfinanzministeriums für die Verhandlungen mit den Ländern, derzufolge die Ausgaben von rund 16,1 Milliarden Euro in diesem Jahr auf 20,4 Milliarden im Jahr 2020 steigen. Darin enthalten seien auch Ausgaben für die Bekämpfung von Fluchtursachen in Krisenregionen.

Bei ihrer Schätzung gingen die Beamten von Finanzminister Wolfgang Schäuble davon aus, dass dieses Jahr 600.000 Flüchtlinge nach Deutschland kommen, nächstes Jahr 400.000 und in den Folgejahren jeweils 300.000. (Reuters/iW)

Kanzleramt will Schmidts Akten

Berlin. Das Bundeskanzleramt verlangt laut *Spiegel* die Herausgabe von Akten, die Helmut Schmidt während seiner Privathaus mitgenommen hat. Die Originalunterlagen befinden sich dem Bericht zufolge in seinem Privatarchiv, das die Helmut-und-Loki-Schmidt-Stiftung übernommen hat. Der SPD-Politiker ist im November gestorben.

Bislang habe es als Kavaliersdelikt gegolten, wenn ausscheidende Politiker Akten mit nach Hause nahmen, obwohl Verwahrungsbruch eine Straftat sei, schrieb das Magazin. Das Kanzleramt wolle die Papiere ins Bundesarchiv überführen. (dpa/iW)